



Mehr Leipzig für alle!

Die LINKE Oberbürgermeister-Kandidatin, Franziska Riekewald, stellt sich vor

Mein Name ist Franziska Riekewald. Am 02.02.2020 stelle ich mich für DIE LINKE zur Wahl als erste Leipziger Oberbürgermeisterin.

Ich bin 39 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder im Alter von zehn bzw. zwölf Jahren. Ich stehe also mitten im Leben und mit meiner Familie mitten in der höchst lebendigen Leipziger Stadtgesellschaft.

Geboren bin ich in Halle, wo ich auch meine Berufsausbildung abgeschlossen habe. Die Arbeit hat mich dann nach Leipzig geführt. Zwi-schendurch war ich für ein praktisches Jahr in den USA. Zu meiner mitteldeutschen Verortung, die ich sehr schätze, und zum Leipziger Lokalpatriotismus, zu dem ich mich be-

geistert bekenne, kam also die internationale Erfahrung hinzu. Weil ich privat und beruflich laufend in unserer Stadt und in der Region unterwegs bin, kenne ich die Vorzüge und den Handlungsbedarf im Mobilitätsbereich aus eigener Anschauung und täglicher Erfahrung sehr genau. Ich freue mich wie hunderttausende Mitbürger über jeden Fortschritt, der

uns voranbringt, und ärgere mich über Unzulänglichkeiten, die an manchen Stellen ganz schön bremsen und aufregen können. Es lag auf der Hand, dass eine breit gefasste Mobilität, dieses zentrale Feld der Stadtpolitik, zu



► Bodo Ramelow unterstützt die Kandidatur von Franziska Riekewald

meinem besonderen Fachgebiet wird, als ich 2014 für DIE LINKE zum ersten Mal in den Stadtrat gewählt wurde und dort aus dem Stand den stellvertretenden Fraktionsvorsitz übernahm. Klar in der Sache, bereit zu vernünftigen Kompromissen, weil nicht alles auf einmal lösbar ist - das war und ist meine Maxime in der Stadtpolitik. So habe ich in den Ausschüssen gestrit-

ten und im ständigen Dialog mit den städtischen Ämtern und Betrieben gekämpft. Ein herausragendes Ergebnis, für das ich zusammen mit der gesamten LINKEN energisch eingetreten bin, war das Moratorium für die ÖPNV-Tarife.

Vom zweijährigen Stopp der Preiserhöhungen für Bahn und Bus haben alle Leipzigerinnen und Leipziger, die den umweltverträglichen Nahverkehr nutzen, nachvollziehbar etwas.

Mit meinem privaten und beruflichen Hintergrund als Bürgerin dieser Stadt und mit der kommunalpolitischen Erfahrung aus über fünf intensiven, arbeitsreichen Jahren im Leipziger Stadtrat sehe ich mich gut gewappnet, nunmehr das Amt an der Stadtspitze anzustreben.

Dabei werde ich mit allen Gleichgesinnten und progressiven Bürgerinnen und Bürgern aller Altersgruppen kämpfen - für unser Leipzig, das weiter wachsen und aufblühen soll, das ein solidarisches, rücksichtsvolles, gewaltfreies Miteinander pflegt und all seinen Einwohner*innen und ihren Gästen ein sicherer, zukunftsgewisser und folglich lebenswerter Ort ist. ■

Links tut gut

BODO RAMELOW

Ministerpräsident Thüringen



Wo DIE LINKE den ständigen Dialog mit allen demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürgern pflegt und sich mit aller Kraft für fortschrittliche Themen von der ökologischen Transformation der Ökonomie, über die Wohnungspolitik bis zu den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales einsetzt, holt sie Spitzen-ergebnisse. Das hat die Leipziger Stadtratswahl im Mai 2019 gezeigt, als DIE LINKE die stärkste Fraktion wurde, und auch die Landtagswahl im Oktober 2019 in Thüringen mit der LINKEN als Wahlsiegerin. In beiden Fällen war zu spüren, dass die Mitbürgerinnen und Mitbürger klare Forderungen vortragen - von der demokratischen Mitsprache zu zentralen Fragen in ihrem Lebensumfeld, über eine solide Bildung, um unseren Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen, bis zu bezahlbaren Mieten und einer gesunden Umwelt. Wo DIE LINKE diese berechtigten Forderungen aufgreift und programmatisch sowie innerhalb der Spielräume der öffentlichen Haushalte klug einordnet und umsetzt, nimmt sie zu Recht einen führenden Platz im fortschrittlichen politischen Spektrum ein. Sie kann gestalten und Weichen für eine nachhaltige Politik stellen, die diesen Namen verdient. Das wiederum würdigen alle Bürgerinnen und Bürger, die Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit in einer unruhigen Welt wünschen. Ganz in diesem Sinne wäre es ein starkes Signal, wenn die Menschen am Beginn des Jahres 2020 in Leipzig, der größten mitteldeutschen Stadt, mit Franziska Riekewald zum ersten Mal eine Oberbürgermeisterin als Kandidatin der LINKEN wählen würden. Sie würde das in sie gesetzte Vertrauen nicht enttäuschen, da bin ich sicher. ■

Was hat DIE LINKE in Thüringen in fünf Jahren Regierung erreicht?



- Schulden abgebaut und keine neuen Schulden aufgenommen
- Sinkende Arbeitslosenquote
- Ein erstes Beitragsfreies KiTa-Jahr
- Straßenausbaubeiträge abgeschafft
- Den Weltkindertag zum gesetzlichen Feiertag gemacht
- Ab 2020 verbesserter Betreuungsschlüssel in KiTas
- 100 neue Richter*innen eingestellt, weitere 60 werden folgen
- Klimaschutzgesetz beschlossen
- 5 % des Waldes der forstwirtschaftlichen Nutzung entzogen

Franziska Riekewald

Unser Leipzig braucht gerechte Löhne für gute Arbeit

Die Zahl der Arbeitsplätze in Leipzig ist in den vergangenen Jahren um 20.000 gestiegen. Das ist erfreulich. Völlig unbefriedigend ist dagegen, dass 2018 laut Sozialreport 22 Prozent der Leipziger Haushalte über ein Nettoeinkommen von weniger als 1.100 Euro verfügten. Als Oberbürgermeisterin wäre mein klarer Appell an die Tarifpartner, in Leipzig für mehr höherwertige, besser bezahlte Arbeitsplätze zu sorgen, damit endlich die unsäglich hohe Armutsgefährdungsquote von über 17 Prozent in Leipzig sinkt und der Skandal der Kinderarmut ein schnelles Ende findet.



Unser Leipzig braucht gute Bildung

So sehr der hohe Grad von Bildungsempfehlungen für das Gymnasium nicht zuletzt auch die erfolgreiche Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer reflektiert, so unbefriedigend ist am anderen Ende, dass mehr als zehn Prozent der Leipziger Schülerinnen und Schüler die Oberschule ohne irgendeinen Bildungsabschluss verlassen. Als Oberbürgermeisterin würde ich dafür kämpfen, allen Kindern einen guten Start ins Berufsleben zu ermöglichen, ausreichend pädagogisches Fachpersonal zur Verfügung zu haben, den Unterrichtsausfall zu minimieren und den Inklusionsgedanken voranzutreiben. Eine Offensive zur Modernisierung der Leipziger Schulen ist längst überfällig, auch benötigt jede Schule Sozialarbeiter*innen.



Unser Leipzig braucht bezahlbare Mieten

Der gestiegene Wohnungsbau in Leipzig spielt sich zum allergrößten Teil im gehobenen Segment des Marktes ab. Das ist purer Luxus. Entscheidend ist vielmehr bezahlbarer Wohnraum für die Mehrzahl der Einwohner*innen. Seit Jahren müssen die Leipzigerinnen und Leipziger bereits in normal ausgestatteten Wohnungen rund 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Das ist eine hohe Quote, weil sich hinter den verbleibenden 70 Prozent des Einkommens wegen der insgesamt niedrigeren Leipziger Löhne oft nur eine bescheidene Kaufkraft verbirgt. Als Oberbürgermeisterin würde ich dafür kämpfen, den sozialen Wohnungsbau in der wachsenden Stadt zu forcieren und eine entsprechende Förderung bei der Sächsischen Staatsregierung in Dresden geltend machen. Außerdem braucht Leipzig endlich eine funktionierende Mietpreisbremse.



Unser Leipzig ist bereit für eine echte Verkehrswende

Der Verkehr in Leipzig steht kurz vor dem Kollaps, nur mit einer echten Verkehrswende kann dieser noch verhindert werden. Eine Lösung ist allerdings nur dann in Sicht, wenn für den knapper werdenden Verkehrsraum integrierte Lösungen gefunden und zügig umgesetzt werden. Keine Verkehrsart genießt Sonderrechte, alle müssen sich abgestimmt entwickeln, wobei die umweltverträglichen Lösungen mit ihrem Gewinn an Lebensqualität Priorität haben. Als Oberbürgermeisterin würde ich für einen preiswerten, zuverlässigen ÖPNV, sichere Fahrradwege und breite Fußwege streiten. Das 365-Euro-Ticket wäre eine Motivation für viele umzusteigen, damit die Luft für alle sauberer und die Stadt attraktiver wird.

spricht Klartext!

Unser Leipzig braucht einen fair bezahlten Sozial- und Pflegebereich

Seit fünf Jahren erzielt Leipzig einen Geburtenüberschuss. Darin kommt der dynamische Zuzug von Menschen im jüngeren Lebensalter zum Ausdruck. Gleichwohl steigt andererseits die Zahl älterer Menschen mit hohem Pflegebedarf. Als Oberbürgermeisterin würde ich dafür kämpfen, den älteren Menschen, die ein arbeitsreiches Leben hinter sich haben und der Gesellschaft viel gegeben haben, jegliche Zuneigung und Pflege zukommen zu lassen, die sie verdient haben. Dazu gehört unbedingt, den Pflegebereich aller Träger nach bestmöglichen Standards zu entwickeln und auszubauen und den darin beschäftigten, engagierten Personen gute, faire Löhne zu zahlen.



Als Privatperson und politische Entscheidungsträgerin ist meine Vorstellung von Leipzig ein gesunder, großstädtischer Organismus nach dem Prinzip einer humanen, reibungslos funktionierenden Mehrgenerationenstadt - mit Fürsorge und Zuneigung über das gesamte Leben hinweg und mit einem unüberhörbaren linken Akzent. Dazu gehören soziale Gerechtigkeit, eine starke Wirtschaft ohne neoliberale Konkurrenz-Exzesse, wachsende Finanzkraft, um gestalten zu können, ein exzellenter Bildungs- und Hochschulbereich, ein breites Kulturangebot für jeden Geschmack, sportliche Betätigungs- und Kennenlern-Möglichkeiten vom Schulsportplatz bis zur Europa League, eine konsequente, ausgewogene Verkehrswende mit klarem Akzent auf die umweltfreundlichen Fortbewegungsarten, eine moderne, gut funktionierende Verwaltung und - gewissermaßen als Klammer - ein Stadtentwicklungskonzept, das keinen Stadtbezirk und keinen Ortsteil zurücklässt. Ein solches Leipzig wäre ein wachsendes Leipzig vor allem aus eigener Kraft und mit vielen optimistischen Zuzüglern, die hier ihre Lebensperspektive erkennen und gestalten wollen. Weltoffenheit und Toleranz würde nur dort an klare, harte Grenzen stoßen, wo antidemokratische Kräfte die Spaltung der Gesellschaft suchen und reaktionären Bestrebungen Vorschub leisten wollen. Mein Leipzig ist ein starkes, europäisches Leipzig mit einem unübersehbaren eigenen Beitrag zu einer friedlichen Welt.



Unser Leipzig kann nur mit Klimagerechtigkeit weiter aufblühen

Spürbarer Klimawandel, zunehmende Nutzungskonflikte zwischen Grünflächen und Bauland, die strengen, unabwiesbaren Forderungen des Luftreinhalteplans und die anhaltende Braunkohleförderung vor den Toren unserer Stadt bilden ein ganzes Problembündel. Die Ablösung der Fernwärmeversorgung aus dem Kraftwerk Lippendorf durch umweltverträgliche Energien bis 2025 steht unverrückbar auf der Tagesordnung der Energiewende. Als Oberbürgermeisterin werde ich mit Nachdruck für eine kluge, nachhaltige Abwägung widerstreitender Interessen zum Thema Umwelt und Klima eintreten, dem Klimaschutz Vorrang einräumen und sämtliche Weichen dafür stellen, dass heutige und künftige Generationen ihren Lebensraum in einer sauberen, einladenden städtischen Umgebung genießen können und die notwendige sozial-ökologische Wende endlich Wirklichkeit wird.



Unser Leipzig soll sicher sein

Auch wenn die veröffentlichten Zahlen für die meisten Deliktgruppen keine Zunahme ausweisen, steigt bei vielen, meist älteren Bürgern ein Gefühl der Unsicherheit, weil spektakuläre Einzelfälle oder rücksichtslose Verhaltensweisen einiger Mitbürger für Unbehagen sorgen. Als Oberbürgermeisterin würde ich dafür kämpfen, dass die damit befassten Repräsentanten der Ordnungsmacht des Staates personell und technisch ausreichend ausgestattet sind, um bereits niederschwellige Gefährdungen des Sicherheitsbedürfnisses der Bürger konsequent zu ahnden und erst recht jede Gewalt gegen Personen und Sachen konsequent zu bekämpfen.

Klimanotstand ist ein sozialer Notstand

MICHAEL NEUHAUS

Stadtrat



Der Klimawandel findet statt und bedroht die Grundlagen menschlichen Lebens. Dies ist keine Glaubensfrage, sondern eine Tatsache. Da wir nicht unter einer Käseglocke leben, gilt diese auch für Sachsen und Leipzig.

In Leipzig ist die durchschnittliche Jahrestemperatur um fast 1°C gestiegen und die Zahl der Tropennächte hat sich fast vervierfacht. Auch Hochwasserereignisse sind zur Regel geworden. So starben beim Jahrhunderthochwasser 2002 alleine in Sachsen 22 Menschen. Auch 2013 standen Teile von Dresden, Döbeln, Colditz, Glauchau, Grimma, Zwickau, Wechselburg und vielen anderen Orten unter Wasser. Von diesem

Junihochwasser waren 295 der 438 sächsischen Gemeinden betroffen. Schätzungen für das Hitzejahr 2003 gehen europaweit von bis zu 70 000 und in Deutschland von bis zu 3500 klimabedingten Todesfällen aus. Der Hitzesommer 2018 kostete alleine in Berlin 500 Menschenleben. In Hessen mehr als 700. Zahlen für Sachsen sind noch nicht bekannt.

Die Häufigkeit solcher Ereignisse hat dramatisch zugenommen. Tendenz weiter steigend. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Klimakrise keine Fiktion, sondern eine reale Katastrophe mit gravierenden Folgen ist. Wie so oft sind auch in der Klimakrise die Ursachen und Folgen ungerecht verteilt. So sind es die Armen, die unter den Konsequenzen verfehlter Klimapolitik am stärksten leiden, wohingegen es die Reichen sind, die den größten Anteil an den CO₂-Emissionen haben. Glo-

bal betrachtet stoßen die reichsten 10 % ca. die Hälfte aller Emissionen aus. Eine eklatante Gerechtigkeitskrise und eine soziale Frage, die auch für die deutschen Verhältnisse gilt. So belastet auch das von der Bundesregierung vorgeschlagene Maßnahmenpaket ärmere Haushalte am stärksten, während es die Reichen schont.

Auf Initiative von FridaysForFuture hat Leipzig diese Ungerechtigkeit anerkannt und einem Antrag von Links- und grüner Fraktion zugestimmt, um den Klimanotstand in der Stadt zu verhängen. Da keine Zeit für Symbolpolitik bleibt, haben wir dabei gleich auch konkrete Vorschläge gemacht. Drei Beispiele:

Politik muss verständlich sein: Durch eine Überprüfung aller klimarelevanten Stadtratsanträge sollen den Kommunalpolitiker*innen, aber auch allen Leipziger*innen die Auswirkungen von

Beschlüssen auf das Klima ersichtlich gemacht werden.

Anpacken: Natürlich kann Leipzig eine konsequent nachhaltige Umweltpolitik der Bundesregierung nicht ersetzen. Wir können aber unsere kommunalen Spielräume ausreizen und wollen deswegen, dass die städtische Verwaltung bis 2035 klimaneutral wird.

Klimaschutz braucht Kompetenz: Wir wollen im Rathaus ein eigenes Referat für Nachhaltigkeit schaffen. Außerdem soll ein Gremium aus Expert*innen, Umweltverbänden und den Stadtratsfraktionen an dem neuen Energie- und Klimaschutzprogramm der Stadt beteiligt werden und Maßnahmen vorschlagen.

Als LINKE wollen wir global denken und lokal handeln. Sozial sein heißt, das Klima schützen, auch in Leipzig. Das Klimaschützen heißt, das System neu denken. Global. ■

Die Verkehrswende muss kommen!

FRANZISKA RIEKEWALD

Stadträtin



Moderne Mobilität in einer wachsenden, aber schon tausendjährigen Stadt - geht das überhaupt? Ja, es geht, aber es bedarf beträchtlicher Anstrengungen vieler Beteiligten.

Eine Lösung ist allerdings nur dann in Sicht, wenn für den knapper werdenden Verkehrsraum integrierte Lösungen gefunden und zügig umgesetzt werden. Keine Verkehrsart genießt Sonderrechte, alle müssen sich abgestimmt entwickeln, wobei die umweltverträglichen Lösungen mit ihrem Gewinn an Lebensqualität Priorität haben, damit am Ende überhaupt noch etwas läuft und wir nicht an Abgasen erstickten oder einen Verkehrskollaps erleiden.

Die Prioritäten sind klar: Führung des Radverkehrs auf sicheren Spuren und auf einem zusammenhängenden Netz, das bis in das Umland reicht, und nicht nur auf einzelnen Vorzeigebahnen in Zentrumsnähe. Einsatz moderner, leistungsfähiger Straßenbahnen auf einem gesamtstädtischen Liniennetz mit einem 10-Minuten-Grundtakt in den Hauptverkehrszeiten an sechs Tagen in der Woche. Faire ÖPNV-Preise, die jeden animieren umzusteigen, z. B. das 365-Euro-Ticket. Erhöhung der Pünktlichkeit von Straßenbahnen und Bussen und damit zuverlässige Verknüpfung und Gewährleistung der Anschlüsse zur S-Bahn-Mitteldeutschland. Bessere Anknüpfung der großen Gewerbezentren (vor allem im Norden der Stadt) an den ÖPNV. Förderung von Sharing-Modellen sowie der Ausbau der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität. Flüssigere Führung des motorisierten Individualverkehrs durch ein verbessertes Verkehrsmanagement und damit Senkung der Abgasbelastung. Das sind eine Menge Vorhaben, weil auch die Anforderungen so vielfältig sind. DIE LINKE vertieft und bekräftigt damit Forderungen, die angesichts



► Die Jahnallee ist seit Jahren ein Gefahrenpunkt für den Radverkehr, an dem auch DIE LINKE Verbesserungen fordert.

des Klimawandels schon lange hätten umgesetzt werden müssen. Wir müssen endlich anfangen, diese langjährigen Forderungen Realität werden zu lassen und nicht in Papieren zu manifestieren. Eine LINKE Oberbürgermeisterin würde die Verkehrswende einläuten. Denn nur mit dieser kommen wir dem Stopp des Klimawandels ein Stück näher. Geht nicht, gibt's nicht. Wir müssen den städtischen Organismus zum Wohle aller Bürger unserer Stadt und ihrer immer größeren Besucherzahl

am Laufen halten. Zwei entscheidende Stadtratsbeschlüsse kamen in der vergangenen Legislaturperiode durch maßgebliche verkehrspolitische Initiativen der Stadtratsfraktion der LINKEN zustande - der zweijährige Stopp der Tarifsteigerungen bei Bus und Bahn und die Aufstockung der investiven Mittel für die Leipziger Verkehrsbetriebe. Das sind gute Nachrichten für sämtliche Verkehrsteilnehmer*innen, also für alle Leipzigerinnen und Leipziger, und für die Umwelt.

Die schnelle Umsetzung der Investitionen in die Netze ist der beste Weg, höchste Wirkung zu erzielen. Darauf werden wir achten. Und schließlich auch darauf: Ein straffes Management der Verkehrsbaustellen, um Beeinträchtigungen und unvermeidliche Umleitungen zu minimieren. Der Verkehr soll schließlich fließen und der städtische Organismus pulsieren - wie sich das für eine moderne Stadt mit über 600.000 Einwohnern gehört. Denn Mobilität gehört für uns zur Daseinsvorsorge. ■

Soziale Mietenpolitik gibt es nur mit der LINKEN

CAREN LAY

Bundestagsabgeordnete



Insbesondere in den Großstädten greift der Mietensinn um sich. Enorme Mietsteigerungen und Verdrängung sind mittlerweile nicht mehr nur in München, Stuttgart und Berlin an der Tagesordnung, sondern auch in Leipzig, Dresden und Jena. War beispielsweise Leipzig noch vor 15 Jahren durch großen Leerstand geprägt, ziehen die Mieten nun für alle spürbar an. Innerhalb der letzten 8 Jahre sind die Mieten um 38 % gestiegen. Hinter Berlin ist Leipzig die ostdeutsche Stadt mit den höchsten Mietsteigerungen. Und die Situation droht sich noch weiter zu verschärfen, denn immer mehr Menschen ziehen nach Leipzig und der Wohnungsbau kommt nicht hinterher. Zudem gerät auch Leipzig immer stärker ins Visier von renditehungrigen Wohnungskonzernen: wie groß der Bestand der CG Gruppe in Leipzig ist, weiß niemand, der größte deutsche Wohnungskonzern Vonovia besitzt in Leipzig mehr als 9.000 Wohnungen. Beide sind damit der Haupttreiber der Mieten. Anstatt die Wohnungsnot wirksam zu bekämpfen und für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, ist die Hauptmaßnahme der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode ein Baukindergeld für Besserverdienende. Zwar konnte DIE LINKE in zähem Ringen und gegen die Stimmen der AfD durchsetzen, dass die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau verlängert werden, jedoch kommt der Bau von Sozialwohnungen nicht ausreichend in Gang. Auch die vorherige sächsische Landesregierung verwei-

gerte sich einer wirksamen Mietenpolitik und errichtete über Jahre hinweg kaum neue Sozialwohnungen. Die Folge: in keinem Bundesland ist die Anzahl der Sozialwohnungen in den letzten 20 Jahren derart stark zurückgegangen wie in Sachsen. Einzig DIE LINKE setzt sich konsequent für ein Umsteuern in der Wohnungspolitik ein. Unser Motto lautet dabei: keine Rendite mit der Miete. Im Bundestag fordern wir schon lange ein Wohnungsbauprogramm nach Wiener Vorbild. Mit 250.000 Sozialwohnungen im Jahr und einem Investitionsprogramm für den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau wollen wir der fehlgeleiteten Wohnungspolitik der letzten Jahre entgegenwirken. In Berlin wurde unter einer rot-rot-grünen Landesregierung und mit einer linken Bausenatorin vor Kurzem die Einführung eines Mietendeckels erkämpft. Im Bundestag streiten wir dafür, dass es einen Mietendeckel bald auch auf Bundesebene geben wird. Weiterhin unterstützen wir die Forderung, dass börsennotierte Konzerne in die Schranken gewiesen werden müssen. Es kann nicht sein, dass Aktionäre auf Kosten der Mieterinnen und Mieter viele Milliarden Dividende einstreichen. DIE LINKE ist die Partei der Mieterinnen und Mieter. Auch auf kommunaler Ebene gibt es wirksame Instrumente gegen steigende Mieten und Verdrängung. DIE LINKE in Leipzig leistet diesbezüglich eine hervorragende Arbeit. Eine LINKE Oberbürgermeisterin könnte der Wohnungspolitik in Leipzig eine neue, soziale Handschrift verpassen. Angesichts der teilweise dramatischen Lage in Leipzig ist dies auch nötig. Wer will, dass Wohnungen in Leipzig bezahlbar bleiben, muss DIE LINKE wählen. ■

Gemeinsam gegen Kinderarmut in Leipzig

JULIANE NAGEL & DR. ADAM BEDNARSKY

Stadträtin/Landtagsabgeordnete & Stadtrat



Deutschland ist ein reiches Land, oder? Natürlich sind wir im Vergleich zu anderen Ländern der Welt eher auf der Sonnenseite, und auch unser Leipzig hat in den letzten Jahren viel an Glanz (und Reichtum) dazugewonnen. Aber jenseits der Glitzerfassaden gibt es auch viele Menschen, die vom Überfluss kaum etwas abbekommen. Und nicht selten sind es die Kinder unserer Stadt. Statistisch betrachtet leben über 16.000 Kinder und Jugendliche in Leipzig von Sozialhilfe. Das bedeutet: Jedes fünfte Kind ist von Kinderarmut betroffen. Bedrückende Zahlen, hinter denen immer ein ganz persönliches Schicksal steht. Diese Kinder wachsen auf und lernen bewusst oder unbewusst, was Armut bedeutet: schlechter Wohnen, ungesundes Essen, ungleiche Bildungschancen, weniger Möglichkeiten der sozialen Teilhabe und ganz allgemein ein geringeres Selbstwertgefühl. Dabei gibt es gravierende Unterschiede in unserer Stadt. Während jedes zweite Kind im Ortsteil Volkmarsdorf von Sozialhilfe lebt, ist es im Zentrum oder Plaußig-Portitz jedes Hundertste. Wir dürfen diese Ungerechtigkeit in der Mitte unserer Stadtgesellschaft nicht länger akzeptieren - gemeinsam müssen wir die Kinderarmut in Leipzig bekämpfen. Zunächst können wir unsere Haltung gegenüber von Ar-

mut betroffenen Kindern und Familien hinterfragen. Kinderarmut ist nicht selbstverschuldet. Vielmehr müssen die Kinder aus der Armutsspirale herausgeholt werden. Jedes Kind hat das Recht auf einen guten Start ins Leben. Dass hierzulande zweieinhalb Millionen Kinder in Armut leben, ist eine der großen Ungerechtigkeiten des Neoliberalismus. Eine Ursache für Kinderarmut ist die Einkommensarmut der Eltern. Löhne reichen immer häufiger nicht zum Leben. Ein paar Euro mehr Kindergeld nützen da leider nichts. Schon gar nicht, wenn jede Kindergelderhöhung auf aufstockende Sozialleistungen angerechnet wird. Kinderarmut gilt es zu bekämpfen, und zwar durch Löhne, von denen man leben kann, und kostenfreie, wohnortnahe Kinderbetreuung. Das bürokratische Nebeneinander von kinder- und familienpolitischen finanziellen Leistungen muss aufhören. DIE LINKE unterstützt ein breites Bündnis, das sich für eine eigenständige Kindergrundsicherung in Höhe von rund 600 Euro einsetzt. Außerdem muss das Armutsrisiko für Familien, insbesondere bei Alleinerziehenden, durch einen Mindestlohn ohne Ausnahmen in Höhe von 12 Euro sowie sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro abgefangen werden. Kinderarmut ist eine dramatische Folge der sozialen Spaltung. Der Kampf gegen Kinderarmut muss endlich absolute Priorität haben. DIE LINKE wird in Leipzig dem Thema Kinderarmut weiter diese Priorität einräumen und dafür kämpfen, dass die bestehenden Probleme angepackt werden! Ebenso wie unsere Landtags- und Bundestagsfraktionen es kontinuierlich tun. Machen Sie mit und sagen Sie nein zu Kinderarmut in Leipzig! ■

Sozialreport enttäuscht

DR. VOLKER KÜLOW

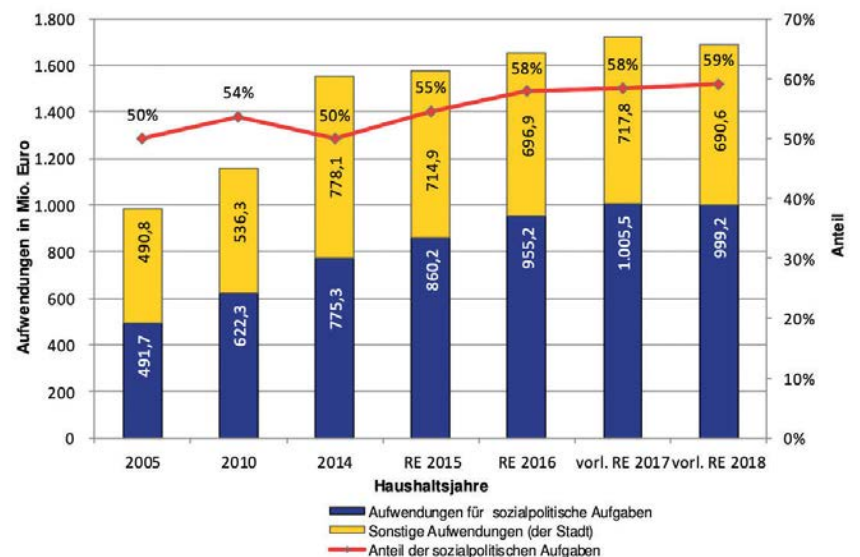
Stadtrat



Leipzig wächst seit Jahren, das ist erfreulich. Vor wenigen Wochen konnte der 600.000 Einwohner begrüßt werden. Doch längst nicht alle Leipzigerinnen und Leipziger partizipieren an diesem Aufschwung. Leipzig ist die bundesdeutsche Großstadt mit der zweithöchsten Armutsquote (ca. 22 Prozent der Bevölkerung). 2018 musste Leipzig 999,2 Mio. Euro - das sind 59 Prozent des städtischen Gesamthaushaltes - für sozialpolitische Aufgaben aufwenden. Der jüngst erschienene Sozialreport 2019 untersetzt diese dramatische Entwicklung auf 127 Seiten mit Zahlen, die eine klare Sprache sprechen: bei den Nettoeinkommen vergrößert sich die Schere zwischen Arm und Reich; auch der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern erhöht sich. Und nur die Hälfte der potenziell Leistungsberechtigten für Bildung und Teilhabe stellen Anträge, Tendenz sinkend. Der Anteil der eingeschulten Kinder, die keine Regelschulempfehlung erhalten haben, verbleibt mit 14

bis 16 Prozent seit Jahren in einem viel zu hohen Bereich. Leider werden im Sozialreport kaum Handlungsfelder und Maßnahmen ausgewiesen, was wir deutlich kritisieren. Die Leipziger LINKE hat in ihrem Kommunalwahlprogramm unter dem Motto „Die Stadt gehört allen!“ hingegen viele Vorschläge unterbreitet, wie die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft erfolgreich bekämpft werden kann. Um eine zukunftsfähige Infrastruktur und die kommunale Daseinsvorsorge auch für die folgenden Generationen zu gewährleisten, sind sowohl Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen zwischen EU, Bund und Land als auch in der städtischen Haushaltspolitik notwendig. Insbesondere die einseitige Entschuldungspolitik durch die Rathauspitze muss aufgegeben und in der Investitionspolitik umgesteuert werden, um diese Ziele zu erreichen. ■

Der Sozialreport 2019 der Stadt Leipzig kann online heruntergeladen werden, unter diesem Link: <http://gleft.de/3mE>



Quelle: Dezernat Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule

Stand 31.07.2019

Anzahl der Leistungsberechtigten, für die mindestens ein Antrag auf Leistungen für Bildung und Teilhabe gestellt wurde

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
potenziell Leistungsberechtigte	32.470	31.621	35.344	38.361	37.835	37.392	35.484
Leistungsberechtigte, für die mindestens ein Antrag gestellt wurde	19.369	19.389	19.553	17.280	19.399	19.435	18.242
Anteil der Leistungsberechtigten, für die mindestens ein Antrag gestellt wurde	59,7	61,3	55,3	45,0	51,3	52,0	51,4

Leipzig – Stadt des Friedens?

AG FRIEDEN & GEDENKEN

Arbeitsgruppe der LINKEN. Leipzig

Nachdem wir das Brimborium und die Lobhudelei anlässlich des 30. Jahrestages der „friedlichen Revolution“ über uns ergehen lassen wollten, durften oder mussten, herrschen wieder Lethargie oder der militaristische Normalzustand in der Stadt. Auch wenn es kaum einem bewusst wird, von Leipzig geht Krieg aus.

Flughafen Leipzig-Halle

Nach dem erfreulichen Rückgang der Truppentransporte des US-Militärs (in Spitzenzeiten 500.000 Soldat*innen pro Jahr) verbleibt nur der mehr oder weniger unauffällige Transport von Gütern. Seit 2002 gibt es einen Vertrag zwischen BW und DHL über den Transport eiliger militärischer Dokumente sowie militärischer Ausrüstung und Verbrauchsgüter bis 50 kg. Was dann so alles in den Paketen ist, weiß keiner so genau. Oder will es nicht wissen. Sollte die Bundeswehr mal schwereres Gerät transportieren müssen, stünde dafür im Rahmen einer NATO-Vereinbarung eine der bis zu sechs in Leipzig bereitgehaltenen und gewarteten Antonov A 124 der Airline Volga-Dnepr zur Verfügung. Im Sommer versuchten die Ukrainer, die Maschinen zu pfänden – ohne Erfolg. Denn die befanden sich in Abu Dhabi, Mailand, Ulanowak und Tunis sowie auf dem Leipziger Flughafen. Darüber hinaus gibt man sich auf dem Flughafen zunehmend alle Mühe, Geflüchtete mit Massenabschiebungen in die Kriege zurückzuschicken, aus denen sie so mühevoll entkommen sind, z. B. nach

Afghanistan. Hauptsache, es dient der Bilanz und schafft Arbeitsplätze. US-Kriegsminister Pompeo besuchte unlängst in aller Stille den Airport. Wohl eher weniger wegen billiger Urlaubsflüge als zur Prüfung der logistischen Eignung für das Manöver „DEFENDER 2020“.

Rüstungsindustrie

Auch die Rüstungsindustrie war bis auf wenige Dual-Use-Güter aus

Leipzig verschwunden. Das wird sich demnächst ändern: die Rüstungskonzern-Tochter Rheinmetall Aviatian bewirbt sich gemeinsam mit Lockheed Martin aus den USA um einen milliardenschweren Auftrag des Verteidigungsministeriums für ein Hubschrauber-, Logistik- und Flottenmanagementcenter in Leipzig und Schkeuditz. Wenn Geld in entsprechender Höhe an den richtigen Stellen fließt, gibt es dann 150 neue Arbeitsplätze für die Region. Im Gegensatz zu DHL sogar angeblich qualifizierte. Für 50 Jahre und mehr.

Wenn der Konkurrent Boeing nicht besser schmiert.

Garnisonsstadt

Seit 2013 müssen wir in der Olbricht-Kaserne zum Glück nicht mehr die 13. Panzergrenadierdivision mit dem Helden von Kunduz Oberst Klein beherbergen (der wurde auch schon vorher wegbeordert). Stattdessen beherbergt diese jetzt

mandos, wurde vom Kriegsministerium wegen nicht „energisch genug geführter Ermittlungen“ sehr zum Missfallen seiner Mitstreiter gechasst. Der Arbeitsplatz wurde neu besetzt.

Mayors für Peace

OBM Jung ist qua Amtsnachfolge Mitglied der weltweiten Organisation der Bürgermeister für den Frieden und die Abschaffung aller Atomwaffen. Nach jahrelangem stetem Bemühen wurde die Fahne der Organisation angeschafft, zum Flaggentag am 08. Juli zunächst unauffällig und seit zwei Jahren mit einer kleinen Zeremonie gehisst. Da kann es 2020 ruhig ein bisschen mehr geben. Deutsche Koordinierungsstelle der Mayors for Peace ist die Leipziger Partnerstadt Hannover, da gäbe es zwecks Erfahrungsaustauschs den kurzen Dienstweg. Die Benennung eines Hiroshima-Platzes in Leipzig wird seit Jahren angestrebt. Der 75. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki böte eine gute Gelegenheit.

Was noch?

Auch in Leipzig sichtbar nervend sind die bundesweiten Werbekampagnen der Bundeswehr mit Plakaten an Haltestellen, in Straßenbahnen und Zügen sowie auf Plakatwänden und Bannern im Hauptbahnhof. Oder in Schulen und auf Messen. Weder die TC Touristik & Caravaning noch modellhobby-spiel werden verschont. Dann noch „Benefiz“konzerte uniformierter Heeresmusikkorps im Gewandhaus oder der Gohliser Versöhnungskirche. Es gibt viel zu tun. ■

Prävention statt Law and Order

Gewalt ist für DIE LINKE kein Mittel der politischen Auseinandersetzung!

SÖREN PELLMANN

Bundestagsabgeordneter & Fraktionsvorsitzender im Stadtrat



Die Meldungen der letzten Wochen über Brandstiftungen, Krawalle und zuletzt den heimtückischen Überfall auf die Mitarbeiterin eines Immobilienunternehmens haben die Leipziger Stadtgesellschaft aufgewühlt. Die gewalttätigen Ereignisse bedrücken auch die Leipziger LINKE. Diese schweren Straftaten, an denen aus unserer Sicht nichts, aber auch gar nichts links ist, sind nicht zu entschuldigen und werden von uns strikt verurteilt.

Für DIE LINKE gilt: Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Unsere Gesellschaft wird durch derartige Straftaten keinesfalls progressiv verändert. Kriminelle Handlungen können weder als Rechtfertigung für notwendige linke Gesellschaftskritik noch als Form des Protestes akzeptiert und hingenommen werden. Vielmehr wird dadurch dem eigentlichen Anliegen jede Legitimation entzogen und – wenn gleich

sicher unbeabsichtigt – Schützenhilfe für diejenigen geleistet, die unter Verweis auf derartige Straftaten politische Missstände wie Verdrängung durch Mieterhöhungen und Luxussanierungen gern verdecken wollen.

DIE LINKE hat stets kritisiert, dass in den letzten Jahrzehnten, zunächst im Rahmen der sogenannten Polizeireform, immer mehr Stellen von Polizistinnen und Polizisten abgebaut wurden. Später haben die CDU-Innenminister lange Zeit notwendige Neueinstellungen und entsprechende Ausbildungsprogramme verschlafen. Wir brauchen mehr gut ausgebildete und motivierte Polizistinnen und Polizisten, sowohl im Streifendienst wie auch im sogenannten Innendienst. Jeder, der schon einmal Opfer von Straftaten geworden ist, weiß wie zeitaufwändig es ist, Anzeigen und Zeugenaussagen zu erstellen. Hier bedarf es einer bürgernahen und bürgerfreundlichen Polizei, die Ansprechpartnerin vor Ort ist. DIE LINKE sieht gute Sicherheitspolitik vor allem dann, wenn deutlich mehr in die Verhinderung und Entstehung von Straftaten investiert wird. Jeder Euro für Präventionsmaßnahmen ist sehr gut investiertes Geld. Dass der

Freistaat Sachsen hierbei zunehmend die Kommunen in der Verantwortung sieht, ohne entsprechende finanzielle Mittel zu Verfügung zu stellen, können wir nicht akzeptieren.

Zu einer guten Präventionsarbeit gehört für DIE LINKE aber auch, der stark anwachsenden Verdrängung in Leipziger Stadtvierteln durch Luxussanierungen oder kalter Entmietung sowie dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum entgegenzuwirken. Hier sind wir seit vielen Jahren im Leipziger Stadtrat aktiv und setzen uns für sozialen Wohnungsbau und für Milieuschutz ein. Statt Law-and-Order müssen komplexe Lösungsansätze her, denn die zu Tage tretenden Probleme sind sehr vielschichtig.

Verschiedene Bürgerumfragen, aber auch entsprechende Post von Bürgerinnen und Bürgern belegen, Leipzig ist eine sichere Stadt. Insbesondere bei der gefühlten Sicherheit gibt es in den einzelnen Leipziger Ortsteilen jedoch erhebliche Schwankungen und Differenzierungen. Um hier konkret vor Ort etwaige Zonen der Unsicherheit besser erkennen und angehen zu können, setzen wir uns gemeinsam mit den Stadtbezirksbeiräten und Ortschafts-

räten für wirksame Maßnahmen ein. Hierbei haben wir als Leipziger LINKE sehr gute Erfahrungen mit öffentlichen Veranstaltungen, Bürgerforen und Workshops gemacht, die wir auch zukünftig weiter durchführen werden. Denn nur mit den Leipzigerinnen und Leipzigern gemeinsam werden wir es schaffen, dass wir uns alle in unserer Stadt wohl und sicher fühlen.

Als DIE LINKE haben wir auf städtischer Ebene die Arbeit des bereits 1994 gegründeten Kommunalen Präventionsrates (KPR) stets fordernd und fördernd begleitet. Mit diesem Gremium verfügt Leipzig über ein eng geknüpftes Netzwerk, das ämterübergreifend arbeitet und bei dem auch die Verantwortlichen des Freistaates Sachsen aktiv mitwirken. Hier werden neben klassischen Maßnahmen der Kriminalprävention Themen wie Sicherheit beim Fußball, Sicherheit in Kleingärten, illegale Graffiti usw. beraten und entsprechende Konzepte erarbeitet. In den letzten Jahren wurde sich im KPR auch mit der zunehmenden Bedrohung durch Rechtsextreme und rechten Terror beschäftigt und diesbezügliche Maßnahmen verabschiedet. ■

1989/90 war mehr als ein Mythos

MARCO GÖTZE

Stadtrat & Geschichtslehrer



2019 jährt sich zum 30. Mal die Ereignisse des Jahres 1989. In Leipzig ein Anlass großer Feierlichkeiten, vor allem zum 9. Oktober in Leipzig. Die 89er Ereignisse werden, je länger sie her sind, medial immer weiter auf eine kurze und vereinfachte Hauptgeschichte reduziert, die kaum Raum lässt für so vieles, was die DDR in ihrem 41. Jahr tatsächlich eben auch ausmachte. Und selbst die drei wichtigsten Tage bergen weit mehr Geschichten und Perspektiven in sich als eine einzige verkürzte Haupterzählung.

Unstreitig zeigten die Montagsdemonstrationen ab dem 9.10.89 den endgültigen Verlust der Angst der unzufriedenen Aktiven und den schwindenden Rückhalt der Staatsmacht auf. Dass seitens der Demonstrierenden die legendäre Gewaltlosigkeit geübt wurde ist sicher entscheidend für die Friedlichkeit. Aber nicht allein. Das Nichtstattfinden von Gewalt hatte kaum mit einer Auflösung der staatlichen Apparate zu tun, zumindest kann zum 9.10. noch gar nicht davon gesprochen werden. Dafür muss sehr viel von stärker werdenden moralischen Zweifeln der Einsatzkräfte, Appellen von Funktionären, Kopflosigkeit und zugleich bewussten Entscheidungen gesprochen werden. Diese Hintergründe gehörten eigentlich in jede Erzählung über den 9. Oktober, weil sie wichtig sind, um diesen Tag wirklich zu verstehen. Heute ist über das Geschehen hinter den Kulissen der schwindenden Macht viel bekannt, bisweilen kann dies sogar mi-

nutiös rekonstruiert werden, es interessiert außer Historikern aber kaum jemanden mehr.

Es gilt sicher, diesen Tag auch in Zukunft angemessen zu würdigen, aber auch den historischen Abläufen Rechnung zu tragen. Dazu zählt, bei den Fakten zu bleiben und beispielsweise nicht fortwährend den Mythos zu füttern, die Montagsdemonstrationen hätten im Moment des Durchbruches in Leipzig bereits den gesamten Staat zum Verschwinden gebracht, um sich mit Freuden in die Bundesrepublik Kohls zu begeben. Die Wirklichkeit des Jahres 1989/1990 war komplexer. Die Erosion des Staates - wie er bis dahin eingerichtet war - dauerte in der Tat noch Monate und umfasste Entwicklungen auf allen Ebenen, in allen Organisationen und Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. So dauerte es nach dem 9. Oktober noch über eine Woche, bis es mit dem Sturz Honeckers durch die eigenen Genossen des Politbüros überhaupt zu einem Wechsel an der Spitze des Staates kam. Und diese kippte gleichfalls nicht sofort hinterher, sondern kannte noch die etwa 50 Tage des Egon Krenz als Staatsratsvorsitzenden, immerhin beinahe zwei Monate des untauglichen Versuchs seinerseits, den rieselnden Sand in den Fingern zu halten. Vergleicht man dies mit historischen Revolutionen, so fällt auf, dass bei aller auch damals empfundenen Rasanz der Veränderung von einem schlagartigen Ende der Herrschaft nur schwer die Rede sein kann. Es endete jedoch schlagartig die Rolle der SED als bestimmendem Akteur des Geschehens. Es begann ein allmählicher, sich unter fortwährendem Druck der Straße verstärkender Abbau fast aller tragender Strukturen.

Ein nicht unerheblicher Teil der DDR-

Bürger schien hingegen über die Monate der Zwischenzeit bis zum Januar Sympathien für eine reformierte demokratisch-sozialistische DDR zu hegen. Der Aufruf „Für unser Land“, die Popularität Modrows, zunächst gar hohe Umfragewerte für die SED-PDS sprechen zumindest für eine starke Strömung mit ganz anderen Visionen, die schwer zur heute einzigen Haupterzählung passen. Dazu mag beigetragen haben, dass ab Oktober/November 1989 viel ursprünglich Gefordertes bereits erreicht worden war: die Freiheit des Wortes und der Versammlung, die Freiheit, neue politische Gruppierungen zu gründen und ab dem 9.11.89 auch die grundsätzliche Reisefreiheit. Jene gern vergessenen Zwischenmonate waren von vielen Krisenmomenten geprägt: die weitere massive Abwanderung führte zum Beispiel zu Engpässen an medizinischem Fachpersonal, die wirtschaftlichen Probleme waren auch durch den Oktober 1989 nicht behoben. Viele Empfindungen reichten damals von Zusammenbruch der eigenen Einstellungen über Verunsicherungen und Zukunftsängste bis hin zur Freude über die Entwicklungen, bei nicht wenigen gab es aufkommende Heilserwartungen an die sofortige Verbesserung der Lebenslage durch die Deutsche Mark oder erhofft spätestens durch die deutsche Einheit. Die sehr differenzierten Lebenswirklichkeiten der DDR-Bürgerinnen und -Bürger nach 1990 stehen dabei auf einem anderen Blatt.

Es gibt so viele Geschichten jener Tage, wie es Menschen gab, die damals lebten und erlebten. Es ist an der Zeit, sie zu hören, vielseitige Quellen zu beachten und statt vereinfachter Mythen unsere vielfältige gemeinsame Geschichte zu schreiben. ■

„Die große Freiheit ist es nicht geworden“

MATTHIAS KRAUB

Journalist & Autor



Niemandem werde es schlechter gehen, hatte weiland Bundeskanzler Helmut Kohl den Ostdeutschen beim Eintritt in das politisch vereinigte Deutschland versprochen. Unzählige Filme und Dokumentationen deutscher Herkunft, die sich mit der jüngsten Vergangenheit befassen, endeten seither mit dem Jubel auf der Mauer. Es ist, als hätten die Schöpfer eine manische Selbstbestätigung nötig: Was da 1989 begann und sich seither fortsetzte, war richtig, richtig, richtig.

Was aber sehen wir in diesen Bildern, die uns immer und immer wieder präsentiert werden? Wir sehen eine große Zahl von Menschen, die sehr erleichtert sind. Und wir sehen Menschen, die bezogen auf ihre Zukunft hohe Erwartungen haben. Was wir nicht sehen, sind die vielen Menschen, die daheim geblieben sind und keineswegs zuversichtlich in die Zukunft blickten. Und wir sehen außerdem in diesen Bildern auch nicht, was aus den Erwartungen der Mauer-Jubler geworden ist, ob sie eingelöst wurden oder in Enttäuschungen endeten.

Dreißig Jahre später ist es Zeit, die Kohlsche Verheißung an der Wirklichkeit zu messen. Dabei sind nicht irgendwelche Kriterien heranzuziehen, sondern genau diejenigen, welche Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Kommentatoren oder auch Künstler - ganz zu schweigen von „Aufarbeitern“ - als gültige anerkennen oder jedenfalls anerkennen müssten, wenn sie weiter in den Spiegel sehen wollen. Man wird sehen: Was Erich Kästner mit seinem Kurzgedicht „Die Große Freiheit ist es nicht geworden“ als Beschreibung für die bundesdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre verdichtet hat, stellt sich als Orakel für das Nachwende-Ostdeutschland im Jahre 30 nach der „Wende“ heraus. Natürlich hat es viele unbestreitbare Verbesserungen gegeben. Weil aber jede wesentliche gesellschaftliche Erscheinung eben dieses Doppelgesicht trägt, weil sie gleichzeitig vorwärts und zurück weist, weil sie immer zwiespältig sein muss, gibt es auch die andere Seite der gefeierten Siege. In seinem Buch „Die Große Freiheit ist es nicht geworden“, geht Autor Matthias Krauß der Frage nach, was sich für den Ostdeutschen verschlechtert hat. Man kann sicher sein: Die Liste der Verschlechterungen ist mindestens so lang wie die Liste der Verbesserungen. Denn sie ergeben sich auseinander, sie sind unlösbar miteinander verbunden. ■



Gerade in der heutigen Zeit sind Antifaschismus und Geschichtsbewusstsein wichtiger denn je. Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit des VVN-BdA ist ein herber Schlag im Kampf gegen den Faschismus. Umso mehr gilt es, an Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Nazizeit zu erinnern. DIE LINKE kämpft in Leipzig für die Umbenennung einer Brücke zu Ehren von Georg Elser, dem ersten Attentäter auf Hitler.

Matthias Krauß ist freier Journalist und Buchautor. In seinem Buch „Die große Freiheit ist es nicht geworden“ beschäftigt er sich mit allem, was Vergangenheit und Gegenwart auf DDR-Gebiet betrifft.



Drei Bilder...

...aus dem letzten Jahr bei der Leipziger LINKEN. Eine kleine Auswahl aus dem, was wir im vergangenen Jahr gemacht haben. Eine größere Auswahl findet man auf unserer Webseite oder in den sozialen Medien. Die Links hierzu finden sich unten auf dieser Seite.



► Der neue Stadtrat hat am 18. September 2019 seine Arbeit aufgenommen. DIE LINKE ist mit der stärksten Fraktion vertreten und wird auch in den kommenden fünf Jahren weiter für ein soziales und friedliches Leipzig kämpfen.



► Sommer ist Sommerfest-Zeit. DIE LINKE war auch in diesem Jahr mit Hüpfburg, Luftballons, Popcorn und vielem mehr in den Leipziger Stadtteilen unterwegs und kam dabei mit den Besucherinnen und Besuchern auch über Politik ins Gespräch.



► Ein fester Termin im LINKEN Kalender: der 1. Mai. Zum Tag der Arbeit waren wir wie jedes Jahr zahlreich auf der Straße und haben für gute Arbeit für alle Beschäftigten demonstriert.

KREUZWORTRÄTSEL

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
	1								4			
12				13						14		
	15			16					17			
18				19					20			
21			22					23				
24									25	3		26
		27							28			
29	30		31						32			33
34		35									36	
37						38			39			
40						41		42			43	44
	45		46		47			48			7	
49		50			51							
52								53				

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7

Waagrecht:

- 1) Leipziger Rechtsanwalt und Notar, Bürgermeister von 1849-1876;
- 5) LINKE-Kandidatin für die Leipziger OBM-Wahl 2020;
- 12) Stadt im Norden des Oman;
- 13) soziales Elend;
- 14) japanisches Brettspiel;
- 15) Beamtentitel im Kaiserlichen China;
- 17) Falschmeldung in der Zeitung;
- 18) Fluss in Südpolen, Nebenfluss der Wisla;
- 19) deutscher Politiker, Reichspräsident der Weimarer Republik (1871-1925);
- 20) Symbolfarbe der Sozialisten und Kommunisten;
- 21) ein Stand im mittelalterlichen Kriegswesen;
- 23) Schleppnetz, spezielles Fanggeschirr mit Grundschleppnetz;
- 24) Stadt im Südwesten Ghanas;
- 25) spanisch-katalanischer Maler, Grafiker und Bildhauer (1893-1983);
- 27) Herrscherin in der nordischen Unterwelt;
- 28) französische Gemeinde im Departement Drôme;
- 29) männliches Pronom;
- 31) chemisches Symbol für Natrium;
- 32) Abkürzung für Informationstechnik;
- 33) chemisches Symbol für Ruthenium;
- 34) Wahrsagekartenspiel;
- 36) griechische Insel in der Ägäis;
- 37) monolithischer Steinpfeiler, Spitzsäule;
- 39) Berliner Bildhauer (1859-1946);
- 40) Ort auf der westfriesischen Insel Ameland;
- 41) Stadt in Nordwest-Italien (Piemont);
- 43) altägyptische Gottheit, Kämpfer;
- 45) Ballsportart;
- 48) bedeutender deutscher Kupferstecher (1763-1822);
- 50) Gemeinde und Departement im westafrikanischen Staat Burkina Faso;
- 51) Ostseebad nordöstlich von Wismar;
- 52) gitterartige Konstruktion zur Befestigung von Nutzpflanzen;
- 53) deutscher Jurist und Politiker, erster Oberbürgermeister von Leipzig

Senkrecht:

- 1) Kurzbezeichnung für Künstliche Intelligenz;
- 2) Vorsitzender, Präsident;
- 3) bedeutender deutscher Maler, Grafiker und Buchdrucker der Renaissance (1472-1553);
- 4) Staat und Dynastie im alten China;
- 5) deutscher Schriftsteller (1831-1910);
- 6) Orientierungsverlust, Ziellosigkeit;
- 7) arabischer Stammesfürst, Befehlshaber;
- 8) deutscher kommunistischer Politiker und Widerstandskämpfer (1896-1945);
- 9) außerirdische Filmfigur von Stephen Spielberg;
- 10) Störung der Sinneswahrnehmung;
- 11) Kaufmann, Architekt und mehrfacher Bürgermeister von Leipzig (1497-1580);
- 16) Verfahren der Haarentfernung;
- 17) abgeschieden Lebender, Einsiedler;
- 18) Hochgeschwindigkeits-Wintersportart;
- 22) aromatische, organische Verbindung, Karbolsäure;
- 26) Kunstwerk, musikalisches Werk;
- 28) demokratisch-sozialistische Partei in Deutschland;
- 30) Stadtteilpark im Osten Leipzigs;
- 32) deutscher Jurist und Kommunalpolitiker, Oberbürgermeister in Leipzig (1865-1953);
- 35) ein- bis mehrjährige krautige und duftende Pflanzenarten;
- 36) Ureinwohner Italiens;
- 38) spezielle Bezeichnung für einen Senn und seine Hütte;
- 42) Rohmaterial für Brot oder Kuchen;
- 44) asiatischer Wasserbüffel;
- 46) Fluss in Afrika;
- 47) Nordwest-Europäer;
- 49) chemisches Symbol für Osmium

KREUZWORTRÄTSEL

Die richtige Lösung des Kreuzworträtsels schicken Sie bitte bis zum 2. Februar 2020 per Mail oder Post an DIE LINKE. Leipzig. Es winken zahlreiche Buchpreise. **Wir wünschen viel Glück!**

IMPRESSUM

Herausgeberin:
DIE LINKE. Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Tel: 0341/140 644 11
Fax: 0341/140 644 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
E-Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
facebook: facebook.com/dielinke.leipzig/
twitter: twitter.com/dielinkeleipzig

Druck:
Redaktion:
Gestaltung:
Spenden:
IBAN:
BIC:

BVU Berliner Zeitungsdruck GmbH
Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Adam Bednarsky
William Rambow
Sparkasse Leipzig
DE11 8605 5592 1175 5039 20
WELADE8LXXX

